Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats,
meine Damen und Herren,

Zunächst möchte ich meinem Amtsvorgänger Tom Sello danken! Die jetzt vorgelegten Tätigkeitsberichte der Jahre 2020 bis 2022 sind ein eindrucksvolles Zeugnis seiner erfolgreichen Arbeit. Er hat damit wichtige Grundlagen für die zukünftige Arbeit gelegt, auch in der Kooperation mit Ihnen als Abgeordnete.

Ich möchte heute nicht zu viel von Zahlen und Statistiken sprechen, die können Sie leicht den Tätigkeitsberichten entnehmen. Wichtiger ist mir, Ihnen als politische Vertreter des Landes Berlin für die Unterstützung unserer Arbeit zu danken – im Berichtszeitraum und auch in meiner bisherigen Amtszeit.

Für das Jahr 2024 bedeutet das vor allem, dass Berlin mit der Finanzierung der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag des Mauerfalls die Bedeutung der Friedlichen Revolution von 1989/90 für unsere Stadt, unser Land, aber auch für Europa würdigt – und damit den Mut Einzelner, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzten.

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Jubiläums möchte ich nun ein paar Schlaglichter auf Fragen der Arbeit mit ehemals politisch Verfolgten sowie der Vermittlung in der Aufarbeitung der SED-Diktatur werfen:

Seit mehr als dreißig Jahren arbeitet im Land Berlin nun schon ein Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Immer wieder wurden in dieser Zeit Stimmen laut,

die ein Ende der Aufarbeitung forderten, schließlich müsse doch irgendwann einmal Schluss sein.

Meine Damen und Herren, ... dies ist und bleibt der völlig falsche Ansatz – was nicht zuletzt mit Blick auf die Verfolgten der kommunistischen Diktatur deutlich wird!

Ja, wir verfügen in Berlin über eine historisch gewachsene und in ihrer Diversität einzigartige Beratungslandschaft. Aber das ist und bleibt abhängig von einer verlässlichen Projektförderung, wie wir sie aktuell gewährleisten.

Neben jenen Hilfsangeboten, die der Aufarbeitungsbeauftragte selbst anbietet, konnten so allein im Jahr 2022 etwa 8.000 Beratungen von Betroffenen in den von uns geförderten Einrichtungen stattfinden. Auch in Zukunft muss gesichert werden, dass dieses Angebot in vollem Umfang zur Verfügung steht.

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel nennen:

Im Jahr 2020 hat der Senat von Berlin einen Härtefallfonds für politisch Verfolgte der SED-Diktatur eingerichtet. Dieser Fonds hat sich als ein wirkungsvolles Instrument in der Aufarbeitung erwiesen. Mit seiner Hilfe kann Betroffenen, die sich unverschuldet in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, lebensnah und zielgerichtet geholfen werden.

So konnten wir z. B. jener Frau helfen, die infolge ihrer Haft im Frauengefängnis Hoheneck bis heute traumatisiert ist und in einer spezialisierten Klinik therapiert werden muss.

Obwohl es zum Krankheitsbild gehört, dass sie keine Unterbringung in einem Doppelzimmer erträgt, zahlt die Krankenkasse kein Einzelzimmer.
Dass der benötigte Zuschlag nun aus dem Härtefallfonds finanziert werden konnte, hilft dieser Frau nicht nur in ihrer durch die politische Haft entstandenen Lebenssituation immens. Es zeigt ihr auch, dass wir – und damit meine ich uns als Gesellschaft – sie und ihre Geschichte ernst nehmen!

Dies, meine Damen und Herren, ist ganz praktische Hilfe, die für die Betroffenen zugleich sehr viel mehr bedeutet.
Hier können wir mit vergleichsweise einfachen Mitteln nachhaltige Wirkung erzielen – und sollten dies auch in den kommenden Jahren tun.

Neben der ebenso umfassenden wie gesicherten Unterstützung politisch Verfolgter der kommunistischen Diktatur bleibt auch die Vermittlung von Wissen darüber eine wesentliche Aufgabe der Gegenwart.

Wir haben bereits viel über das SED-Regime forschen und lernen können, doch sehe ich auch manche Fehlentwicklung in den letzten 35 Jahren:
So haben sich zum Beispiel Medien und Öffentlichkeit vorrangig auf die Repressionsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit konzentriert. Die SED als Auftraggeberin von Haftbefehlen, Todesurteilen, Überwachung und Unterdrückung erfuhr hingegen wenig Beachtung. Ebenso ihre ausführenden Organe – z. B. die sogenannte Volkspolizei.

Es ist aber wichtig zu wissen, wer und welche Strukturen einen Repressionsapparat überhaupt erst ermöglichen. Es ist wichtig zu verstehen, wie das totalitäre

System in den Alltag hineinherrschte, dass Alltag und Diktatur eben nicht getrennt funktionierten.

Deshalb bleiben die Erforschung *von* und die Auseinandersetzung *mit* den unterschiedlichen Facetten von Herrschaft, Alltag und Opposition in der sowjetischen Besatzungszone sowie der DDR weiterhin wichtig. Sie sind eben keine bloße Beschäftigung mit der Vergangenheit; sie haben unmittelbare Relevanz für Gegenwart und Zukunft.

Denn die Mechanismen autoritärer wie diktatorischer Systeme ähneln sich in hohem Maße. Man muss sie verstehen, um sie identifizieren und ihnen entgegenwirken zu können, unabhängig vom jeweiligen Zeitenverlauf.
Und das, meine Damen und Herren, betrifft keineswegs nur Ostdeutschland. Im Gegenteil, ich sehe die Aufarbeitung als gesamtdeutsche Aufgabe und hier in unserer Stadt als Gesamt-Berliner Herausforderung.

Schauen wir dafür ganz konkret auf Berlin:

Wir als Behörde unterstützen mit unseren Projektfördermitteln jedes Jahr eine Vielzahl innovativer Bildungs- und Vermittlungsvorhaben. Das reicht

- von einem Fußball-Turnier des SC Friedenau für Kinder und Jugendliche, das seit 1990 jährlich Ost- und Westberliner Vereine mit Mannschaften aus Osteuropa zusammenbringt,

- über einen Workshop des MACHmit!-Kindermuseums zum Thema Revolution

- bis hin zur Grundsicherung des Stasimuseums und der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Auch das eigene Bildungsteam des BAB bietet immer wieder neue Vermittlungsformate an, um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen:

- Gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus haben wir multimediale Projekte umgesetzt.
- Gemeinsam mit dem Bundesarchiv und anderen Partnern gestalten wir jährlich das breit angenommene Campus-Kino.
- Unsere Kiez-Reihe hat in unterschiedlichen Stadtteilen Halt gemacht und steuert in diesem Jahr Grenzbezirke an.

Als besonders erfolgreich haben sich unsere Schulkino- und Lese-Veranstaltungen erwiesen: Mehr als 2.000 Schülerinnen und Schüler haben wir damit im Jahr 2023 erreicht. Und allein für die beiden Veranstaltungen in der kommenden Woche liegen fast 700 Anmeldungen vor.

Wir wissen aus verschiedenen Zusammenhängen, dass Bildungsarbeit (und damit Demokratiebildung) besonders eindringlich an historischen Orten vermittelbar ist. Ich begrüße es daher sehr, dass sich Berlin dies mit zwei großen erinnerungspolitischen Projekten zu Eigen gemacht hat:

- den Ausbau des Erinnerungs- und Lernortes Polizeigefängnis Keibelstraße in Mitte

und

- die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie in Lichtenberg mit dem Forum Opposition und Widerstand

Während im ehemaligen Polizeigefängnis in der Keibelstraße das Thema Repression im Mittelpunkt stehen wird, kann auf dem Campus gezeigt werden, was es heißt, trotz großer Risiken einzutreten für Freiheit und Selbstbestimmung.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fragte bereits vor 5 Jahren – Zitat –:
„[…] wo ist der authentische Ort, der den mutigen Oppositionellen in der DDR gewidmet ist? Auch Opposition und Widerstand sind wichtige Teile der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte.“[1]

Für das Forum Opposition und Widerstand liegt ein maßgeschneidertes Konzept für eine zeitgemäße Demokratievermittlung vor. Darin geht es um Themen, die uns auch heute ganz unmittelbar beschäftigen, wie: politische Teilhabe, Freiheitsrechte, Frieden und Militarisierung und ja, auch immer noch die Deutsche Einheit.

Ich begrüße selbstverständlich, dass sich das Abgeordnetenhaus klar zur Realisierung des Campus mit dem Forum bekannt hat und Berlin bereits ganz aktiv an den konkreten stadtentwicklungspolitischen Umsetzungsschritten für das Gelände arbeitet.
Nun ist der Bund in der Pflicht, seinem eigenen Beschluss zur zügigen Umsetzung Taten folgen zu lassen.
Meine Damen und Herren, besonders im Senat: dabei baue ich auch auf Ihre Unterstützung in Gesprächen mit dem Bund – unter anderem zur Aufnahme von Campus und Forum in die derzeit neu diskutierte Gedenkstättenkonzeption!

Sie sehen: Es bleibt weiterhin viel zu tun.

[1] Frank-Walter Steinmeier: Demokratie. Deutsch und frei, DIE ZEIT Nr. 12/2019, https://www.zeit.de/2019/12/demokratie-nationalismus-tradition-gedenktage-geschichtsunterricht.

Ich danke Ihnen für Ihre bisherige Unterstützung – besonders denjenigen, mit denen ich bereits intensiver zusammenarbeiten konnte.
Ich freue mich daran anzuknüpfen, unsere bisherige Arbeit zu vertiefen und weitere Abgeordnete für unsere Themen zu gewinnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit heute und hoffentlich auch in Zukunft.